

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 79 (2001)
Heft: 10

Artikel: Dafür und dagegen : sollen Poststellen abgebaut werden?
Autor: Hegetschweiler, Rolf / Fasel, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-725305>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

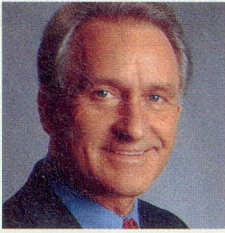
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



DAFÜR: ROLF HEGETSCHWEILER
 Nationalrat (FDP ZH)
 El.-Ing. ETH
 Geschäftsleiter

Die Post wird bis 2005 ihr Poststellennetz straffen und damit jährlich rund 100 Millionen Franken sparen. Diese Sparmassnahme hat bei der Bekanntgabe im vergangenen Januar zu einem Aufschrei in der Bevölkerung und anschliessend zu einer Vorstossflut in den eidgenössischen Räten geführt. Den radikalsten dieser Vorstösse, eine Motion des jurassischen SP-Nationalrates Jean-Claude Rennwald, wird das Parlament in der Herbstsession zu beraten haben. Rennwald verlangt ein Moratorium beim Poststellenabbau, bis das Parlament das (erst vier Jahre alte) Postgesetz mit einem Leistungsauftrag ergänzt hat, der mindestens eine Poststelle in jeder politischen Gemeinde vorschreibt.

Ein solches Ansinnen ist – mit Verlaub – absolut widersinnig. Die Post hat im Postgesetz vom Parlament den Auftrag erhalten, eine flächendeckende Grundversorgung mit Postdienstleistungen anzubieten. Dazu gehören Brief- und Paketpost, die Zeitungsbeförderung, aber auch die gängigsten Postkonto-Dienstleistungen. Die Post hat aber auch die Verpflichtung, diese Dienstleistungen mindestens kostendeckend zu erbringen. Wenn sie diese beiden politisch festgelegten Anforderungen erfüllen soll, müssen wir ihr eine minimale unternehmerische Freiheit zugestehen.

Wenn die Post in dünn besiedelten Gebieten die Grundversorgung mittels mobilen Poststellen, in Zusammenarbeit mit einer Bank oder dem Dorfladen, oder mit einem Hausservice erbringen will, so ist dagegen nichts einzuwenden. Der Service bleibt ja der gleiche, nur wird er in einer neuen Form erbracht. Der Hausservice bedeutet sogar eine Verbesserung der Leistung, gerade für diejenigen, die nicht mehr so leicht oder nicht alleine aus dem Haus kommen.

Der Umbau der Poststellen hat bereits begonnen. Die Post ist dem Fahrplan sogar voraus. Daraus den Vorwurf zu konstruieren, sie wolle vollendete Tatsachen schaffen, bevor die Politik Stellung nehmen könne, ist nicht fair. Die Politik hat die Rahmenbedingungen für die Post geschaffen. Sicher ist es nicht Aufgabe der Post, unrentable Postbüros zu betreiben und Arbeitsplätze von unterbeschäftigten Postbeamten zu erhalten.

Die ersten Reaktionen aus denjenigen Gemeinden, deren Poststellen bereits durch Agenturen, mobile Poststellen oder einen Hausservice ersetzt wurden, sind durchwegs positiv.

Die Welt verändert sich. Vielleicht müssen die Bewohnerinnen und Bewohner einzelner Gemeinden in Zukunft auf die lieb gewordene Gewohnheit des täglichen Schwatzes vor dem Postbüro verzichten. Aber um unsere Post müssen wir uns deswegen noch keine Sorgen machen – im Gegenteil: Will die Post langfristig eigenständig bleiben, muss sie gegenüber ausländischer Konkurrenz wettbewerbsfähig werden. ■

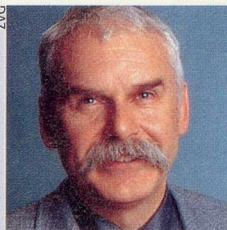
In ländlichen Gebieten gehört die Post zum Dorfbild.



Sollen Poststellen abgebaut werden?



*Der gelbe Riese will
100 Millionen Franken im
Jahr sparen und dafür gegen
900 der 3400 Poststellen
schliessen und 600 um-
gestalten. Hausservice,
Postmobile und Agenturen
sollen die Postdienstleis-
tungen garantieren. Bringt
der Postumbau mehr Chancen
im Wettbewerb oder ist ein
Stück Schweiz in Gefahr?*



DAGEGEN: HUGO FASEL
Nationalrat (CSP FR)
Lic. rer. pol., Präsident Christlichnationaler
Gewerkschaftsbund CNG

Das Poststellennetz sei defizitär, sagt die Post. 500 Millionen Franken würden fehlen. Deshalb sollen von den heute 3400 Poststellen rund 900 geschlossen werden. An deren Stelle soll ein Hausservice eingerichtet werden, um das Defizit um 100 Millionen zu verringern. Was in den nächsten Jahren folgen wird, ist leicht zu erkennen: Weil das Defizit weiterhin hoch ist, wird auch der Hausservice nur eine Lösung auf Zeit sein ...

Es verwundert nicht, dass der angekündigte Kahlschlag vorab in ländlichen Gebieten und Randregionen hohe Wellen geworfen hat: Nachdem die Bahnstation, der Einkaufsladen und das Restaurant bereits geschlossen wurden, soll auch der Postschalter verschwinden. **Die Post ist mehr als ein Büro: Sie ist der Puls und die Schlagader des Dorfes. Sie zu erhalten gehört zu den Grundaufgaben unserer Politik.** Denn das Leben in der Schweiz soll nicht nur in Wirtschaftszentren und Agglomerationen, sondern auch in Randregionen und in Dörfern möglich sein.

Die Grundversorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit guten Infrastrukturleistungen ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Genauso wie die Schweiz sich damit brüsten kann, dass jedes Dorf und jeder Weiler über eine perfekte Wasserversorgung, einen guten Zufahrtsweg und einwandfreie Telefonverbindungen verfügt, genauso wollen wir auch künftig darauf zählen können, dass die Poststelle zur Infrastruktur eines jeden Dorfes gehört.

Das Poststellennetz mit seiner sozialen und regionalpolitischen Dimension trägt massgeblich zum sozialen Zusammenhalt unseres Landes bei. Wir dürfen deshalb den Entscheid, die Zahl der Postbüros radikal zu kürzen, nicht dem Management der Postdirektion überlassen.

Der heutige Leistungsauftrag verlangt von der Postführung das Unmögliche: Die Post soll die Schweiz flächendeckend mit postalischen Leistungen versorgen und gleichzeitig auch noch rentieren. Das ist nicht zu machen. Kleine Poststellen auf dem Dorfe können nicht rentabel sein. Verschiedene parlamentarische Vorstösse – so auch meine im März eingereichte Motion – wollen deshalb Folgendes:

- dass der Leistungsauftrag an die Post überarbeitet wird,
 - dass für die Deckung des Defizits der Poststellen in ländlichen Gebieten und Randregionen finanzielle Mittel bereitgestellt werden,
 - dass das dafür benötigte Geld bei jenen privaten Unternehmen beschafft wird, die ihre postalischen Leistungen nur in Zentren und Agglomerationen anbieten, das Dorf aber meiden.
- Das Dorf braucht die Post, weil die Schweiz die Dörfer braucht. ■